

# Freie Demokraten

Ortsverband  
Winsen (Luhe) **FDP**

## Bürgerprogramm 2021-2026

*Beschlossen am 06. Juli 2021*

### **Liberaler Kommunalpolitik stärkt den Bürger!**

Vor Ort entscheidet sich die soziale und kulturelle Qualität unserer Gesellschaft, die das Gemeinwesen prägt. In der Stadt können wir Bürger uns am wirkungsvollsten für die Gemeinschaftsaufgaben engagieren.

Die Freien Demokraten fordern Eigenverantwortlichkeit und sind darauf ausgerichtet, dass der Regelungsanspruch von Politik und Verwaltung zurückgedrängt wird. Nur so wird die Freiheit von uns Bürgern respektiert und gesichert.

Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Wir Freien Demokraten wollen ein starkes und eigenständiges Winsen, in dem die Politik in der individuellen Verantwortung der einzelnen Bürger liegt und von ihnen bestimmt wird.

In diesem Programm formulieren und erläutern wir unsere Grundsätze und konkreten Forderungen, die wir in den kommenden fünf Jahren vorantreiben möchten.

## Inhaltsverzeichnis

### **Liberaler Kommunalpolitik stärkt den Bürger!**

Inhaltsverzeichnis

#### **Unsere Grundsätze: Die Freiheit des Einzelnen als Grund und Grenze liberaler Politik**

In der Kommunalpolitik trifft Politik auf Lebenswirklichkeit

Rechtsstaatspartei auch im Kleinen

Wenn Kommunalpolitiker entscheiden, sind sie an die ganze Flut von Gesetzen gebunden, die Liberale vergeblich bekämpft haben

Rechtsstaatspartei auch dann, wenn es nicht populär ist

Den Populisten nicht das Feld überlassen

#### **Direkte Demokratie und bürgerorientierte Verwaltung**

Stadtverwaltung als Dienstleister und Partner für den Bürger

Open Public Data und Open Government

Transparenz und Information: Bürgernähe in der Kommunalpolitik

Vereinbarkeit von Kommunalpolitik und Familie

Winsen als "Mitmach-Gemeinde"

Ernst machen mit direkter Demokratie!

Bürgerhaushalte in den Ortsteilen

Jugendliche stärker in die Kommunalpolitik einbeziehen

#### **Weltbeste Bildung vor Ort**

Kita-Angebote müssen mit der Stadt wachsen

Ausbau der Kindertagespflege

Alles dafür tun, dass Kinder bei der Einschulung die deutsche Sprache sprechen und verstehen

Winsen zum Musterbeispiel bei vorschulischer Bildung machen

Vielfalt in den Schulformen für ein passgenaues Schulangebot für jede Schülerin und jeden Schüler

Netz- und Medienkompetenz vermitteln

Hygiene-Upgrade für alle Schulen

#### **Solide Finanzen sind unsere Stärke**

An den Einnahmen orientieren, nicht Luftschlösser bauen

Landeszuschüsse für neue Stellen sind noch lange kein Grund für neue Stellen

Gesundes Verhältnis von laufenden Ausgaben und Investitionen schaffen

Neue Aufgaben aus Bund und Land müssen auch durch Bund und Land finanziert werden

Faire Ausschreibungen statt christdemokratischer Vetternwirtschaft

#### **Flourierende Wirtschaft und ein gesundes Vereinsleben als Garanten für Lebensqualität**

Nur wirtschaftlich rentable und umweltfreundliche Arbeitsplätze sind dauerhaft sichere Arbeitsplätze

Tourismus als Zukunftsfeld für Winsens wirtschaftliche Entwicklung

Elbtourismus stärken, Nachbargemeinden einbinden

Vereinsstrukturen als Grundpfeiler des Zusammenlebens und der Freizeitgestaltung  
Unternehmen der Stadt wirtschaften für Winsen  
Stadthalle ausgliedern und zu einem Teil der Stadtwerke machen  
Unsere Verwaltung als moderne Arbeitgeberin

### **Soziale Stadtplanung**

Die Innenstadt als lebendiger Ort der Begegnung für Jung und Alt  
Innerstädtischen Handel durch Innovationen stärken  
Digitale Infrastruktur  
Stadtplanung aktiv gestalten  
Genossenschaften: Unser Idealmodell für den sozialen Wohnungsbau  
Charakter der Ortsteile pragmatisch bewahren  
Denkmalschutz  
Mehrgenerationenhäuser stärken den Zusammenhalt unserer Gesellschaft  
Inklusion ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

### **Moderne Verkehrsplanung kennt keine Scheuklappen**

Schaffen wir uns die Stadt, in der wir gerne leben wollen  
Unsinnige Ampelanlagen abschaffen  
ÖPNV stetig weiterentwickeln  
Winsen ist bereit für innovative Verkehrskonzepte

### **Öffentliche Sicherheit mit Augenmaß schafft Vertrauen**

Staatliche Präsenz statt Überwachung  
Soziale Brennpunkte entschärfen

### **Verantwortungsvolle Umweltpolitik mit den Menschen vor Ort**

Ökologische Vernunft, wirtschaftliches Handeln und soziale Verantwortung in Einklang bringen  
Ökologische Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft wertschätzen  
Insekten zielorientiert schützen  
Jäger und Angler als Naturschützer anerkennen  
Pflege und Beweidung von regionstypischen Landschaften  
Vereine und Verbände bei der energetischen Sanierung unterstützen

### **Integration: Akzeptanz statt Toleranz**

Integration durch interkulturellen Austausch auf Basis unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung  
Aktivität im Verein als Mittel zur gesellschaftlichen Eingliederung fördern  
Nulltoleranz gegenüber Verstößen gegen die Grundlagen unserer Gesellschaft

### **Helfen Sie mit, unser Programm weiter zu verbessern!**

### **Lernen Sie uns persönlich kennen!**



## Unsere Grundsätze: Die Freiheit des Einzelnen als Grund und Grenze liberaler Politik

Seit über 70 Jahren steht die FDP für eine Politik, die das Individuum in den Mittelpunkt stellt und jedem einzelnen Bürger die größtmögliche Freiheit bietet. Denn wir trauen dem Bürger zu, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Das Grundsatzprogramm der Freien Demokraten, die "Karlsruher Freiheitsthese für eine offene Bürgergesellschaft" leiten ein mit den folgenden Worten:

*"Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Frei zu sein heißt, das eigene Leben ohne fremden Zwang selbst bestimmen zu können. Dafür schafft liberale Politik die Voraussetzungen: Chancen für jeden einzelnen Menschen und Freiheitsordnungen für die offene Bürgergesellschaft."*

Archimedes soll gesagt haben: „Gib mir einen Punkt, auf dem ich stehen kann und ich werde die Welt aus den Angeln heben.“ Für uns Freie Demokraten ist der archimedische Punkt der Politik die Freiheit des Einzelnen.

Aber damit meinen wir nicht den unpolitischen Egoismus, der nichts außerhalb der eigenen Freiheit kennt. Für uns ist die Idee der Freiheit vielmehr ein Auftrag zur Verantwortung. Weil Menschen miteinander leben, weil sie Kinder und Enkel haben, weil sie sich eine Welt teilen – darum wollen wir die verantwortete Freiheit.

Für uns ist es selbstverständlich, dass persönliche Freiheit und Eigenverantwortung mit sozialer Verpflichtung verbunden sind. Die Winsener haben uns dabei nie enttäuscht, wie das ehrenamtliche Engagement in zahlreichen Vereinen, Verbänden und der Freiwilligen Feuerwehr belegt. Dieses Engagement wollen wir weiter unterstützen.

Grundlage der Freiheit des Einzelnen sind die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie bestimmen, wo die Grenzen der Freiheit des einen gegenüber der des anderen liegen. Über allem Handeln steht mit Artikel 1 unseres Grundgesetzes die unveräußerliche Würde des Menschen.

Für uns Liberale bedeutet das, dass kein Mensch je als reines Mittel zum Zweck angesehen werden darf. Jeder Einzelne muss als Selbstzweck angesehen werden. Das sind keine hohlen Phrasen, sondern ist gelebte Verfassungsrealität. Der Staat muss kompromisslos dafür eintreten.

Zur Freiheit gehört die Bereitschaft des Einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Wo immer mündige Bürger ihre Angelegenheiten selbst, in der Familie, in Gemeinschaften und Vereinen regeln können, darf der Staat sich im Gegenzug nicht einmischen.

Das Prinzip der Eigenverantwortung zieht sich dabei durch die FDP-Programme aller Ebenen. So setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen mehr eigene Verantwortung übernehmen und dafür entsprechend ausgestattet werden. Die gängige Praxis, dass Bund und Land den Kommunen Aufgaben zuweisen, ohne sich Gedanken über die Praxis vor Ort zu machen oder sich angemessen an den Kosten zu beteiligen, ist nicht hinnehmbar.

Wo der Bürger sich nicht alleine helfen kann, sind die Kommunen, wo diese nicht weiterkommen das Land und erst, wenn nur eine bundeseinheitliche Regelung den Problemen begegnen kann, Berlin gefragt. Nur so verbleiben die Entscheidungen so nahe am Bürger wie möglich. Und nur so kann der Bürger verfolgen, ob und wie seine Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden. Wir wünschen uns daher grundsätzlich mehr Einfluss der Stadt auf die Belange vor Ort.

### **In der Kommunalpolitik trifft Politik auf Lebenswirklichkeit**

Mögen andere politische Akteure die Stadträte und Bürgermeister im Lande auch als bloße Erfüllungsgehilfen ihrer in Land und Bund getroffenen Entscheidungen sehen, so ist die Kommunalpolitik für uns die Ebene, in der Politik auf Lebenswirklichkeit trifft und wo gewählte Vertreter und Bürger sich auf Augenhöhe begegnen.

Dass wir uns der sich daraus ergebenden Verantwortung bestens bewusst sind, drückt sich zum Beispiel darin aus, dass wir uns ein - für Winsener Verhältnisse - umfangreiches Wahlprogramm geben. Ein Programm an welches wir uns, wie auch in den vergangenen Wahlperioden, selbstverständlich die kommenden fünf Jahre gebunden fühlen.

### **Rechtsstaatspartei auch im Kleinen**

Was bleibt von der Freiheit, wenn man in politischer Verantwortung ist? Das ist eine Frage, die sich nicht nur zu stellen lohnt, wenn es in den Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene knirscht. Wir wollen in den nächsten Jahren im Winsener Rat wieder Verantwortung übernehmen – ein Blick auf die Freiheit in kommunalpolitischer Verantwortung lohnt sich also.

Mindestens ebenso sehr wie durch die bekannten Koalitions- und Fraktionszwänge wird die Freiheit in der Verantwortung nämlich durch ein Phänomen eingeschränkt, das in der Kommunalpolitik besonders augenfällig wird: die Bindung an Recht und Gesetz. Die „richtigen“ Parlamente machen normalerweise Gesetze und haben in erster Linie die Verfassung zu beachten. Selbst das geht oft genug schief und wird dann peinlich.

### **Wenn Kommunalpolitiker entscheiden, sind sie an die ganze Flut von Gesetzen gebunden, die Liberale vergeblich bekämpft haben**

Räte und Kreistage, Kreis- und Verwaltungsausschüsse dagegen können sogar Verwaltungsentscheidungen an sich ziehen und wissen oft gar nicht, was sie damit anrichten. Wenn Kommunalpolitiker entscheiden, sind sie dabei an eine ganze Flut von Gesetzen gebunden, die Liberale in Land und Bund unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität vergeblich bekämpft haben.

Dann steht oft jemand der Stadt Winsen als Antragsteller gegenüber, der einen Anspruch auf eine rechtmäßige Entscheidung hat. Oft genug benehmen sich die Volksvertreter dann wie immer und versuchen ihre politischen Vorstellungen - oder die ihrer Wähler - bei Verwaltungsentscheidungen durchzusetzen. Populisten nutzen das gerne aus, um diejenigen, die sich rechtmäßig verhalten, zu diskreditieren. Die Presse versteht das selten, der Bürger noch seltener.

## Rechtsstaatspartei auch dann, wenn es nicht populär ist

Das muss eine Rechtsstaatspartei dann erstmal aushalten können. Die Rechtsabteilungen der Kommunen haben vor Gericht ihre liebe Not, rein politische Entscheidungen irgendwie zu rechtfertigen, und verlieren meistens. Aber wenn ein Gericht die Entscheidung aufhebt und wenn durch die Fehlentscheidung ein Schaden entstanden ist, wird es teuer für die Kommune. Es ist heute kaum noch vorstellbar, dass noch vor wenigen Jahren, nur aus der FDP Widerstand dagegen kam, "Reball" unter Berufung auf die Menschenwürde zu verbieten. Die Stadt hat das Verwaltungsverfahren auch krachend verloren.

Natürlich gibt es auch große Beispiele für zivilen Ungehorsam und Widerstand gegen ungerechte Gesetze – aber wenn kommunalpolitische Mächtigen-Gandhis etwa in Baugenehmigungsverfahren mit der Menschenwürde argumentieren, machen sie sich nicht nur über kurz oder lang lächerlich, sondern beleidigen auch all diejenigen, die wirklich Grund zum Widerstand haben!

## Den Populisten nicht das Feld überlassen

Wir Freien Demokraten wollen unsere Verantwortung als Rechtsstaatspartei wahrnehmen. Niemand kann von ehrenamtlichen Feierabendpolitikern verlangen, durch alle Feinheiten des Verwaltungsrechts durchzusteiern. Deshalb ist es meistens besser, die Verwaltungsentscheidungen den Experten in der Verwaltung zu überlassen. Wenn wir aber selbst entscheiden müssen, sollten wir auch den Mut haben, unpopuläre Entscheidungen zu treffen, und dürfen Rechtsmittel im Sinne der Bürger nur einlegen, wenn sie Erfolg versprechen.

Im Gegensatz zu Populisten kennen wir den Unterschied zwischen Freiheit in Verantwortung und Verantwortungslosigkeit. Wenn die Rechtslage wirklich ungerecht ist, können und müssen wir uns politisch an diejenigen wenden, die sie ändern können: nämlich an die Abgeordneten von Land- und Bundestag.

## Direkte Demokratie und bürgerorientierte Verwaltung

Kontakt zum Staat ergibt sich für den Bürger zuerst in der Kommune. Die Haltung zu staatlichen Organen wird dadurch geprägt, wie der Staat als Ordnungskraft vor Ort auftritt. Die Stadt und der Kreis müssen nach Ansicht der FDP dazu beitragen, dass der Staat als hilfreich und nicht als obrigkeitstaatlich empfunden wird.

### Stadtverwaltung als Dienstleister und Partner für den Bürger

Die Winsener Stadtverwaltung soll Dienstleister und Partner für den Bürger und Repräsentant des Staates vor Ort sein. Wir haben ein modernes Rathaus mit einem Dienstleistungsbereich, der durch Kundenorientierung und verantwortungsbewusste Mitarbeiter geprägt ist. Bürger sollen im Rathaus wie Kunden behandelt werden. Sie können im Bürgerbüro und vermehrt auch online auf kurzem Wege die kommunalen Leistungen in Anspruch nehmen.

Alle Verwaltungsdienstleistungen müssen bis spätestens Ende 2022 auch digital angeboten werden. Diesen digitalen Wandel der öffentlichen Verwaltung wollen wir aktiv begleiten. Wir setzen uns für ein digitales Bürgeramt ein, in dem postalische Verwaltungsabläufe sowie Formulare und Anträge in Papierform der Vergangenheit angehören. In diesem Zuge fordern wir einen Rechtsanspruch für die Bürger auf digitale Kommunikation mit Behörden. Der Gang zum Amt darf nicht länger zur Hürde werden. Die Digitalisierung ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen.

### Open Public Data und Open Government

Wir setzen uns grundsätzlich für den freien Zugang zu Informationen und nicht personenbezogenen Daten kommunaler Behörden sowie eine Politik nach dem Prinzip der Open Public Data und des Open Governments ein. Hierzu sollen die entsprechenden nicht-personenbezogenen Daten vervollständigt und ausreichend gut aufbereitet werden. Die geltenden Datenschutzstandards müssen dabei stets gewahrt bleiben. Ziel ist die Schaffung einer gläsernen Behörde, aber nicht eines gläsernen Bürgers. Durch mehr Transparenz und die stärkere Einbindung der Bevölkerung sowie eine engere Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Forschung sollen innovative Ideen und Projekte vorangetrieben werden.

### Transparenz und Information: Bürgernähe in der Kommunalpolitik

Durch das Internet bieten sich auf kommunaler Ebene neue Chancen zu Bürgerbeteiligung und Bürgernähe. Die FDP hat in der Vergangenheit die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen durchgesetzt. Kommunale Drucksachen sowie Einladungen und Protokolle zu Sitzungen sind seitdem in der Regel öffentlich und wiederum auch auf Betreiben der FDP hin über das Internet zugänglich.

Wir wollen diesen Weg der Bürgernähe und der Information der interessierten Öffentlichkeit auch in Zukunft konsequent weitergehen. Wir haben beantragt, dass die Stadtverwaltung die Protokolle der öffentlichen Sitzungen und andere öffentliche Dokumente als online Abonnement



(beispielsweise als Newsletter oder Newsfeed) anbietet. In der Umsetzung muss das Angebot jedoch noch besser werden - die Freien Demokraten bleiben dran!

Wir fordern außerdem seit Jahren, dass der öffentliche Teil der Sitzungen des Rates sowie seiner Ausschüsse per Video-Livestream über das Internet übertragen werden, um so künftig jedem Bürger einen Einblick in die Ratsarbeit zu ermöglichen. Das wurde für die kommende Ratsperiode beschlossen.

## Vereinbarkeit von Kommunalpolitik und Familie

Kommunalpolitische Ehrenämter müssen familienkompatibel sein. Um das sicherzustellen, möchten wir Sitzungen des Rates und der Ausschüsse künftig grundsätzlich immer auch digital oder hybrid möglich machen. Viel zu oft scheitert kommunalpolitisches Engagement an der Lebenswirklichkeit der Bürger. Wenn Studenten oder junge Eltern regelmäßig an Sitzungen kommunaler Gremien teilnehmen können und sich einbringen sollen, müssen flexiblere Möglichkeiten geschaffen werden, als wir heute haben. Gleiches gilt auch für die Möglichkeiten der Öffentlichkeit, diese Sitzungen zu verfolgen. Wir kritisieren, dass insbesondere Letzteres trotz eines Ratsbeschlusses immer noch nicht der Normalfall ist. Das muss besser werden, denn zur Demokratie gehört Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit dazu. Es ist notwendig, diese Möglichkeit der Teilnahme an öffentlichen Sitzungen auch digital zu schaffen. Darüber hinaus sollten alle Streams zusätzlich zu den schriftlichen Protokollen außerdem auch als Mitschnitt zum Beispiel über Youtube auch nach der jeweiligen Sitzung zur Verfügung stehen, damit die Öffentlichkeit auch zeitversetzt dem politischen Geschehen in unserer Stadt folgen kann.

Junge Familien sind eine gesellschaftlich wichtige Gruppe, jedoch sind sie in der Kommunalpolitik völlig unterrepräsentiert. In der endenden Ratsperiode haben wir bereits die Ratsarbeit für junge Eltern attraktiver gemacht. Das Landesrecht sieht zwar vor, dass Kinderbetreuungskosten erstattet werden. Dies ist aber mit einem gewissen bürokratischem Aufwand verbunden. Wir haben darum in Winsen durchgesetzt, dass Eltern von Kindern bis zwölf Jahren eine Pauschale von 20 Euro für jede Stunde erhalten, die sie in den kommunalpolitischen Gremien verbringen.

## Winsen als "Mitmach-Gemeinde"

In der vorletzten Ratsperiode konnten wir unserem Vorschlag, eine Bürgerbefragungssatzung einzuführen, um Bürgerbefragungen überhaupt erst möglich zu machen, gegen anfängliche Widerstände durchsetzen. Dank unserer umgesetzten Forderung sind in Winsen nun vom Rat initiierte Bürgerbefragungen möglich. Wir haben hier die direkte Demokratie aktiv einen großen Schritt weitergebracht.

## Ernst machen mit direkter Demokratie!

Zusätzlich zu unseren eigenen Ideen wünschen wir uns, dass die Stadt die bereits durch die Kommunalverfassung geregelten Wege der Bürgerbeteiligung offensiver als Angebot an den Bürger heranträgt als bisher. Beispielhaft finden wir hier die Umsetzung des Portals "Bürgertipps" für Anregungen und Beschwerden. Ähnliches wäre für Einwohneranträge, Bürgerbegehren sowie Bürgerentscheide nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll. Inhalte eines solchen Portals sollten

neben der allgemeinen Information, wie die gegebenen Instrumente funktionieren, auch Kontakte zu Ansprechpartnern der Stadtverwaltung und die Möglichkeit, für laufende Bürgerbegehren oder Einwohneranträge werben zu können, sein.

Dieses Portal könnte in Zukunft weiter in diesem Sinn ausgebaut werden. Zum Beispiel könnte man es für die Wahl eines "Bürgerkiesel" nutzen, also einem "Luhekiesel", für den die Bürger direkt Personen oder Verbände nominieren und auch wählen können. Auch könnte das Portal zu einem Forum für verschiedenste Ehrenämter werden, über das sich engagierte Bürger austauschen und vernetzen können.

### **Bürgerhaushalte in den Ortsteilen**

Die Demokratie in den Winsener Ortsteilen möchten wir noch einmal auf ganz eigene Art stärken. Wir wünschen uns eigene Bürgerhaushalte für die Ortsteile mit einem eigenen Budget. Über den Verlauf einer Ratsperiode soll dieses 50 Euro pro Einwohner betragen. Wir haben in Winsen keine Ortsräte, die über ein solches Budget verfügen könnten. Daher könnten wir über diesen Weg eine gute Beteiligung der Bürger selbst in den Ortsteilen ermöglichen. Als organisatorisches Vorbild kann hierbei der kommende Winsener Jugendrat dienen, der projektorientiert arbeitet.

### **Jugendliche stärker in die Kommunalpolitik einbeziehen**

Wir setzen uns für eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen ein. Wir haben das Konzept des neuen Jugendrates konstruktiv im entsprechenden Arbeitskreis begleitet und diesem im Ergebnis auch zugestimmt. Nun freuen wir uns auf entsprechenden Input, wenn dieses sehr interessante Projekt anläuft, von dem wir uns außerdem erhoffen, dass es bei Jugendlichen Interesse für Kommunalpolitik wecken hilft.

Generell möchten wir Jugendliche stärker in die kommunale Arbeit einbinden. Für die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen ist es wichtig, dass sie auch lernen, Argumente für ihre Meinungen zu finden, zu vermitteln und auch demokratisch darüber diskutieren zu können. Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung der demokratischen Jugendbildung ein und wünschen uns einen jährlichen stadtweiten Debattierwettbewerb.

## Weltbeste Bildung vor Ort

Im Zuge ihrer Neuausrichtung im Jahr 2015 hat die FDP bundesweit Bildung zu ihrem zentralen Thema gemacht. "Weltbeste Bildung" ist hier seitdem Schlagwort, zugleich aber auch der ernstgemeinte Anspruch. Dem fühlen auch wir in Winsen uns verpflichtet.

Es ist nicht immer ganz einfach, diesem Anspruch auch vor Ort gerecht zu werden. Denn Bildung ist primär Ländersache. Dort werden sehr tiefgehend die Weichen dafür gestellt, wie Schule auszusehen und Kita zu funktionieren hat.

Unser wichtigster Hebel für mehr und bessere Bildung bleibt daher bis auf Weiteres die Landespolitik. Die FDP bringt hier jedoch in ihrer Programmatik durchaus auch bundespolitische Ansätze ins Spiel, die wir teilen und von denen wir uns einen Turbo für unser Bildungssystem bis in unsere Stadt hinein versprechen. Beispielsweise fordert die FDP bundesweit

- **Ein Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen zusätzlich in Bildung** investieren - das entspräche aktuell 2,5 Milliarden Euro jährlich.
- **Bildungsföderalismus zukunftsfähig machen** durch einheitlichere und zukunftsfähige Bildungsstandards.
- **Mehr Autonomie für Schulen**, insbesondere muss es mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben.
- **Schulen und Kitas finanziell stärken** - mit einem System aus Bildungsgutscheinen, die, zusätzlich zur Grundfinanzierung, einen Zuschuss pro Schüler bedeuten und außerdem mit einem besonderen Zuschlag für Schulen und Kitas in sogenannten Problembezirken, mit dem mehr Chancengerechtigkeit erreicht werden kann.

Wo wir vor Ort unseren Beitrag zu mehr und besserer Bildung leisten können, tun wir das und haben wir das auch in der Vergangenheit immer getan.

### Kita-Angebote müssen mit der Stadt wachsen

Winsen wächst - das ist schön und spricht für unsere Stadt. Wir möchten jetzt und in Zukunft darauf achten, dass das Kita-Angebot in Winsen mit diesem Wachstum Schritt hält. Wo ganze Baugebiete mit Ausrichtung auf Familien entstehen, müssen dementsprechend hinreichend viele neue Kitaplätze her. Winsen steht hier nicht schlecht da, wird jedoch auch in näherer Zukunft noch weiter wachsen. Wir werden darauf achten, dass das Angebot der Kinderbetreuung stetig mitwächst.

### Ausbau der Kindertagespflege

Dazu trägt nicht nur die klassische Kita alleine bei. Wir fordern, dass die Kindertagespflege insgesamt weiter ausgebaut und übrigens auch angemessen vergütet wird. Neben den Tageseinrichtungen leistet jedoch auch die Kindertagespflege durch qualifizierte Tagesmütter und -väter einen wichtigen Beitrag, um flexible Betreuungsangebote zu schaffen. Um auch dem Bildungsanspruch gerecht zu werden, sind die Qualifizierungsangebote für angehende Tagespflegekräfte auszuweiten und dabei verstärkt Aspekte der frühkindlichen Bildung zu

vermitteln. Qualifizierte Tagespflegekräfte müssen selbstverständlich eine angemessene Vergütung erhalten.

### **Alles dafür tun, dass Kinder bei der Einschulung die deutsche Sprache sprechen und verstehen**

Ziel eines guten Bildungssystems muss es weiter sein, dass alle Kinder, die mit 6 Jahren eingeschult werden, wenigstens so gut Deutsch sprechen und verstehen, dass sie überhaupt in der Lage sind, an dem Grundschulunterricht chancengleich und erfolgreich teilnehmen zu können.

Es kann und darf nicht länger hingenommen werden, dass in einigen Grundschulklassen mehr als die Hälfte der Kinder wegen sprachlicher Schwierigkeiten überhaupt nicht am eigentlichen Fachunterricht teilnehmen kann.

### **Winsen zum Musterbeispiel bei vorschulischer Bildung machen**

Winsen war seinerzeit führend bei der Umsetzung der Verpflichtung Kindergartenplätze für alle Kinder einzurichten und Winsen soll auch führend sein, wenn es um die vorschulische und schulische Bildung unserer Kinder geht.

Im Grundschulbereich wird in Stöckte auch mit unserem Zutun ein neues Angebot entstehen, das das Ziel, Grundschulen mit kurzen Wegen anzubieten, für den Norden der Stadt deutlich verbessern wird.

Die Stadt hat in unseren Augen aber auch die Aufgabe, ein Schulsystem vorzuhalten, in dem jedes Schulkind seinen Leistungen entsprechend gefördert wird. Frühere Diskussionen in Winsen haben aber auch gezeigt, dass gerade die großen Parteien die Schulsystemfrage aus ideologischen Gesichtspunkten betrachten. Während SPD und Grüne vollständig auf Gesamtschulen setzen, möchten die Konservativen vorzugsweise am dreigliedrigen System festhalten.

### **Vielfalt in den Schulformen für ein passgenaues Schulangebot für jede Schülerin und jeden Schüler**

Die Winsener FDP dagegen freut sich, dass ein Nebeneinander beider Systeme in Winsen möglich ist und hat sich rechtzeitig in enger Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion darum bemüht, eine Gesamtschule in Winsen durchzusetzen. Wir Winsener Liberalen sind froh, dass dies auf Kreisebene gemeinsam mit der CDU - gegen ausgerechnet den Widerstand der Winsener Christdemokraten - gelungen ist. Wir sehen die zusätzliche Wahlmöglichkeit als Bereicherung der Schullandschaft in Winsen.

Die Bürger, nicht die Politiker sollen auch künftig entscheiden können, welche Schulform für ihr Kind die beste ist. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Winsen eine möglichst breite Vielfalt an Schulformen im Angebot hat.

## **Netz- und Medienkompetenz vermitteln**

Schulen müssen verstärkt Medienkompetenz vermitteln. Alte und neue Medien müssen sinnvoll integriert werden. Vom Land Niedersachsen muss dazu neben der Bereitstellung von Kapazitäten für die Pflege der Netze weiterhin auch die Schulung des Lehrpersonals für den Einsatz moderner Lehr- und Lerntechnologien gefordert werden. Ständiges Bemühen der FDP wird weiter die Sicherstellung der Lehrerversorgung sein.

Wir Freien Demokraten fordern, dass alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, an digitaler Bildung teilzunehmen. Die Chancen digitaler Bildung wollen wir weiter stärken. Die Zeit während der Corona-Pandemie hat angedeutet, welche Möglichkeiten digitaler Bildung bestehen. Diese Potenziale wollen wir nutzen. Daher sprechen wir uns für einen umgehenden Abruf der Mittel aus dem Digitalpakt Schule aus. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler durch die Schule frühzeitig und kompetent zu einem souveränen und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien befähigt werden. Auch die weitere Anschaffung moderner Lehrmittel, wie interaktive Smartboards und Tablets sowie die Finanzierung einer Stelle des IT-Beauftragten, wollen wir weiter vorantreiben.

## **Hygiene-Upgrade für alle Schulen**

Künftige Schulen und Kitas sollten ein Hygiene-Upgrade bekommen und zum Beispiel mit entsprechenden Lüftungssystemen und Sanitäreinrichtungen zukunftsfest gestaltet werden. Dazu gehören moderne Waschräume und Toiletten. Alle Schüler und Lehrer müssen freien Zugang zu warmem Wasser, Seife und Papierhandtüchern haben. Auch im Blick auf den CO<sub>2</sub>-Gehalt in den Räumen können die Erfahrungen aus der Corona-Krise genutzt werden. CO<sub>2</sub>-Ampeln helfen, schlechte Luft zu erkennen. Ein zu hoher CO<sub>2</sub>-Gehalt zeigt nicht nur dieses Gas an, sondern auch die damit verbundenen Aerosole, die Unbehagen, Kopfschmerzen und Konzentrationsstörungen und auch Krankheiten auslösen können.

## Solide Finanzen sind unsere Stärke

Die Gestaltung eines Staatshaushaltes verdeutlicht am besten die ideologische Herkunft der politisch Handelnden.

Insbesondere die Sozialpolitiker in Union und SPD erstellen gerne Aufgabenkataloge und Anforderungsprofile über das, was der Staat den Bürgern andienen soll, stellen dann Berechnungen über die hierfür anzuwendenden Kosten an und legen diese dann in Form von Steuern und Abgaben auf die Bürger um. Das muss – unter dem Druck ständigen Buhls um die Gunst der Wähler – systembedingt zu ständig wachsenden Staatsausgaben und damit zu höheren Steuerbelastungen führen.

### An den Einnahmen orientieren, nicht Luftschlösser bauen

Libérale Haushaltspolitik funktioniert hier genau umgekehrt. Wir als FDP stellen erst einmal fest, welche Belastungen die Gesellschaft und die Wirtschaft tragen kann, ohne in ihrer eigenverantwortlichen Handlungsfähigkeit eingeengt zu werden. Daraus folgt ein zu errechnendes verfügbares Haushaltsvolumen - und auf dessen Grundlage legen wir dann nach einer Prioritätenliste die bezahlbaren Staatsaufgaben fest.

Unter diesem Gesichtspunkt hat die FDP im Rat über Jahrzehnte maßgeblich dazu beigetragen, dass die Stadt Winsen immer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte. Es ist kein Zufall, dass sich das ausgerechnet in der Wahlperiode 2006-2011 geändert hat, als die FDP nicht mehr Teil einer Mehrheitsgruppe im Rat war und seitdem auch keine Besserung in Sicht ist. Bei den Haushalten, denen die FDP seitdem mit der CDU zugestimmt hat, wussten wir, dass es den Bürger noch teurer zu stehen kommen würde, wenn sich andere Mehrheiten finden würden.

So haben wir auch das Projekt "Winsen2030" zunächst kritisch begleitet. Hier werden städtische Mittel auf Jahrzehnte gebunden. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie haben wir dann allerdings erkannt, dass die Stadt investieren muss, um wirtschaftliche Einbrüche zu vermeiden. Ganz im Sinne von Keynes stehen wir dazu, dass der Staat investieren muss, wenn die Wirtschaft einzubrechen droht. In guten Zeiten wollten wir das, was wir jetzt investieren, wieder einsparen.

Ob es genau so sein musste, haben wir hinterfragt und uns schließlich der Mehrheit angeschlossen. Mit dieser Investition wollen wir erreichen, dass unsere Innenstadt auch in Zukunft ein lebendiger Ort ist. Das kommt am Ende dann wieder unserer heimischen Wirtschaft, unseren Händlern und Bürgern und schlussendlich auch den kommunalen Finanzen langfristig zugute.

Unabhängig von solchen Großprojekten aber auch unvorhersehbaren Entwicklungen wie der Corona-Pandemie stellen wir fest: Seit die FDP nicht mehr einer festen Ratsmehrheit angehört, wird der Haushalt der Stadt nicht mehr durch Sparmaßnahmen, sondern nur noch durch neue Schulden und Steuererhöhungen ausgeglichen.

Faule Kompromisse, an deren Ende eine Steuererhöhung steht, wird die FDP nicht mittragen.

Mit der Hundesteuer, die wir halbieren konnten, ist es uns dafür das erste Mal gelungen, eine Steuer in Winsen zu senken, statt sie zu erhöhen. Die Abschaffung steht immer noch auf unserer Agenda.

Die FDP wird weiterhin für Sparsamkeit und eine solide Haushaltspolitik kämpfen und dafür stehen. Wir fordern auch in finanziell angespannten Zeiten eine strikte Einhaltung des gesetzlich verankerten Verschuldungsverbotes und einen planmäßigen Schuldenabbau. Als Freie Demokraten setzen wir auf strukturelle Korrekturen, öffentliche Aufgabenreduzierung und Effizienzsteigerung durch eine moderne Verwaltung. Das Bekenntnis zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik resultiert für uns nicht nur aus einem wirtschaftlichen Grundverständnis, sondern ist vor allem auch ein Ausdruck von Generationengerechtigkeit. Mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik ermöglichen wir es der nächsten Generation, ihre Heimat selbst gestalten zu können.

### **Landeszuschüsse für neue Stellen sind noch lange kein Grund für neue Stellen**

Deshalb kritisieren wir die Personalaufstockungen der letzten Ratsperioden im Rathaus, die aus unserer Sicht überflüssig sind. Begründet wurden diese oft damit, dass Land und Bund einen großen Teil der Kosten tragen. Was sie auch tun - aber nur ein paar Jahre lang. Anschließend darf die Stadt selbst die Kosten vollständig tragen und wahrscheinlich bleibt es auch dann wieder der FDP überlassen, zu schauen, woher das Geld dafür kommen soll.

Die FDP sieht die Mischfinanzierung von Personal insgesamt kritisch. Wir halten es für fragwürdig, mit der Wurst nach dem Schinken zu angeln und finden, dass die Frage nach der Notwendigkeit neuer Stellen viel zu kurz kommt. Zeitlich befristete Zuschüsse vom Land allein sind für uns kein Grund, unserer ehemals schlanken Verwaltung einen teuren Wasserkopf aufzusetzen.

### **Gesundes Verhältnis von laufenden Ausgaben und Investitionen schaffen**

Langfristig wollen wir darauf hinwirken, dass Verwaltungshaushalt (laufende Einnahmen und Ausgaben) und Vermögenshaushalt (Investitionen) zu einem gesunden Verhältnis zurückkommen. Die Gremien des Rates müssen weiter genau überlegen, welche sinnvollen Investitionen für die kommenden Jahre vorzusehen sind – zum einen, um die Infrastruktur der Stadt weiter zu verbessern und zum anderen, um zu verhindern, dass die Verwaltungsausgaben unangemessen steigen und damit auf Dauer die Handlungsfähigkeit der Stadt beeinträchtigen. Die Investitionen während der Corona-Pandemie sind Investitionen in Winsens Zukunft. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass sie sich auszahlen.

### **Neue Aufgaben aus Bund und Land müssen auch durch Bund und Land finanziert werden**

Der kommunale Finanzausgleich des Landes hat die Aufgabe, die kommunale Selbstverwaltung aller Städte und Gemeinden in Niedersachsen zu sichern. Neue Aufgaben von Bund und Land an die Kommunen müssen mit der erforderlichen Finanzierung einhergehen. Wir unterstützen die Bestrebungen nach einer kommunalen Finanzreform, die die konjunkturanfällige Gewerbesteuer

durch Hebesatzanteile der Einkommensteuer ersetzen will. Auch würde dies zu mehr Interesse der Bürger an der Kommunalpolitik führen.

Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Beteiligungen sowie Beschränkung der kommunalen Verwaltung auf hoheitliche öffentliche Aufgaben sind ein wichtiger Bestandteil liberaler Wirtschaftspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass abgesehen von hoheitlichen Aufgaben weitere Verpflichtungen von den Kommunen nur dann übernommen werden, wenn sie in derselben Qualität nicht im Wettbewerb durch Private wahrgenommen werden können.

### **Faire Ausschreibungen statt christdemokratischer Vetternwirtschaft**

Im Interesse des Wettbewerbs und des Mittelstandes sind bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Regeln des Vergabewesens anzuwenden. Angebote mittelständischer Betriebe müssen die gleichen Chancen haben wie andere Bieter. Dies gilt auch im sozialen Bereich. Kartellmäßige Absprachen von Anbietern untereinander, wie sie etwa die Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege nahelegt, müssen bekämpft werden – vor allem, indem man den Zugang zu den Ausschreibungen offen hält. Dass sich bei der Ausschreibung der Kinderbetreuung, eine Mehrheit des Rates erfolgreich gegen christdemokratische Bestrebungen der Vetternwirtschaft gewehrt hat, und das Angebot durch die Kita Nord gGmbH erweitert werden konnte, begrüßen wir. Wir stehen für Vielfalt in der Betreuungslandschaft.



## Florierende Wirtschaft und ein gesundes Vereinsleben als Garanten für Lebensqualität

Unsere Gemeinschaft lebt von den Leistungen der Menschen im Dienstleistungsgewerbe, im Handwerk, in der Industrie, von den Leistungen der Selbständigen und der Freiberufler sowie aller Arbeitnehmer. Sie erwirtschaften das Geld, das wir für unseren Lebensunterhalt zur Verfügung haben und das der Staat und die Städte und Gemeinden für ihre Aufgaben benötigen. Nur wirtschaftlich rentable und umweltfreundliche Arbeitsplätze sind dauerhaft sichere Arbeitsplätze. Sie wohnortnah zu schaffen und zu erhalten, ist vorrangige Aufgabe liberaler Kommunalpolitik. Für die FDP sind Pflege und Betreuung vorhandener Betriebe zum Erhalt von Arbeitsplätzen gleichrangig mit der Förderung von Existenzgründungen und Neuansiedlungen. Bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken im Ort sind insbesondere kleine und mittelständische Betriebe zu berücksichtigen, weil sie die größte Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bereitstellen.

### **Nur wirtschaftlich rentable und umweltfreundliche Arbeitsplätze sind dauerhaft sichere Arbeitsplätze**

Die Stadt hat in den letzten Ratsperioden erfolgreich dafür gesorgt, dass durch die Ausweisung neuer Gewerbeflächen insbesondere an der Osttangente und damit mit Anschluss an die Autobahn ausreichend Möglichkeiten zur Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Bei der Vermarktung dieser Flächen konnte die Zusammenarbeit mit der Metropolregion Hamburg und den Wirtschaftsfördergesellschaften des Landkreises und der Süderelbe AG verbessert werden. Vor allem durch die Ansiedlung von Amazon hat sich die Einpendler/Auspender-Quote inzwischen deutlich verbessert.

Städtische Satzungen mit Auflagen für ansässige Geschäfte (z. B. Aufstellen von Ständern, Anbringen von Markisen usw.) sollten stetig an die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden angepasst werden. Kooperationen und Absprachen zwischen Verwaltung und in der Innenstadt ansässigen Geschäften muss weiter verbessert werden. Ein in Spießertum begründetes Ablehnen bestimmter Sortimente im Stadtmarketing (etwa Erotikangebote) lehnen wir ab.

Zur Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze fordert die FDP eine ganzheitliche Betrachtung und Handlungsweise mit Zukunftsorientierung. Es genügt nicht, einzelne Vorhaben getrennt zu behandeln, wenn alle anderen teilweise oder ganz miteinander in Beziehung stehen, wie etwa Wohnbebauung, Verkehrsbelange, das Stadthallennutzungskonzept oder die Innenstadtbelebung.

Zu solchen Maßnahmen gehörte die Überplanung des BGS-Geländes mit Wohn-, Gewerbe-, Dienstleistungsangeboten und verschiedenen Einkaufsmöglichkeiten. Dabei ist eine Belebung der Innenstadt durch überwiegend ergänzende Angebote angestrebt worden. Der Luhepark ist keine Ansiedlung auf der „grünen Wiese“, sondern er verfügt über Anbindungen zur Innenstadt, die allerdings noch verbessert werden können. Er liegt außerdem nahe zu unterversorgten Ortsteilen, wie Stöckte und Hoopte.

## **Tourismus als Zukunftsfeld für Winsens wirtschaftliche Entwicklung**

Ein weiteres für die Zukunft wichtiges Feld wirtschaftlicher Betätigung liegt aus Sicht der FDP im Bereich des bisher vernachlässigten Tourismus. Die Tourismusförderung hat für die FDP hohe Bedeutung. Fremdenverkehr, Naherholungseinrichtungen, Wellness- und Freizeitsporteinrichtungen bieten ein erhebliches arbeitspolitisches Potenzial, das es zu fördern gilt. Kulturgut und Sehenswürdigkeiten sind entsprechend herauszustellen. Hierfür leitete die Landesgartenschau 2006 bedeutende Schritte ein. Der mit Mitteln der Landesgartenschau völlig renovierte Schlosspark und die angrenzenden Luhewiesen, sollen auch weiterhin die Innenstadt für Besucher lohnenswert machen.

Die im Rahmen der Landesgartenschau eingerichtete Tourismusinformation im Marstall steht konsequenterweise auch weiterhin als Anlaufstelle für Gäste von außerhalb zur Verfügung, was wir ausdrücklich begrüßen. Hier finden Auswärtige aber auch Winsener Informationen zu allem, was das touristische Angebot in Winsen hergibt.

Ein großes Potenzial für den Tourismus bietet nach Ansicht der FDP die gesamte Elberegion im Bereich der Stadt. Kaum jemandem von außerhalb ist überhaupt bekannt, dass Winsen eben nicht nur an der Luhe, sondern zu weit größeren Teilen im Bereich der Ortsteile Hoopte, Stöckte, Laßrönne und Tönnhausen auch an der Ilmenau und der Elbe liegt.

## **Elbtourismus stärken, Nachbargemeinden einbinden**

Der Anfang für eine touristische Erschließung dieser Gebiete ist gemacht; ein Fähranleger in Hoopte steht jetzt auch Fahrgastschiffen zur Verfügung und hatte bereits im Rahmen der Landesgartenschau auf diesem Wege Gäste in die Stadt gebracht. Eine noch engere Zusammenarbeit mit der Samtgemeinde Elbmarsch und den dort bereits vorhandenen und noch zu schaffenden Infrastrukturen des Elbtourismus kommt auch Winsen zugute.

Perspektivisch kann sich die FDP hier eine Wiederbelebung des Linien-Fährverkehrs nach Hamburg und Lauenburg durchaus vorstellen, das Ganze optimalerweise eingebettet in den HVV.

Die FDP ist bemüht, auch die Landschafts- und Heimatpflege am Stöckter Deich mit der Deichsicherung in Einklang zu bringen. Der Naherholungswert des Stöckter Deiches muss erhalten bleiben, gleichzeitig darf es keine Abstriche beim Hochwasserschutz geben. Die Nutzung der Deiche als Radwanderwege ist zu ermöglichen, wo immer das möglich ist.

Ein weiteres wichtiges Feld für die Freizeitgestaltung, aber auch für den Tourismus im Bereich der Stadt ist die gesamte Bandbreite des Pferdesportes. Kaum jemand selbst in Winsen weiß, dass Winsen (Luhe) die dichteste Ansiedlung von Pferdebetrieben im gesamten Pferdeland Niedersachsen hat: In Reit- und Fahrvereinen und mehreren privaten Pferdebetrieben mit Reithallen und auch in benachbarten Gemeinden (z.B. Handorf, Luhmühlen, Vierhöfen usw.) treiben mehr als 1.200 junge und ältere Mitbürger Sport und Freizeitgestaltung mit dem Pferd.

## Vereinsstrukturen als Grundpfeiler des Zusammenlebens und der Freizeitgestaltung

Auf Drängen der FDP wurde im Bereich von Alt-Roydorf wegen der dort ansässigen Reit- und Fahrvereine und privater Pferdebetriebe bereits vor Jahren im regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises ein Gebiet weiträumig als Vorrangfläche für den Pferdesport ausgewiesen. Die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten sind in Zusammenarbeit mit den Vereinen und den Privatbetrieben auch touristisch noch vielmehr zu nutzen als bisher.

Insgesamt ist festzustellen, dass das Vereinsleben in Winsen und den Ortsteilen sich nach wie vor reger Beliebtheit erfreut. Für die FDP sind die Vereinsstrukturen in der Stadt auch ein wichtiger Grundpfeiler des Zusammenlebens und der Freizeitgestaltung. Wir möchten die bestehenden Strukturen erhalten und stärken. So begrüßen wir es beispielsweise, wenn Sportvereine Anlagen aus Eigenmitteln und durch Sponsoring aufbauen, werden aber auch immer dafür eintreten, dass bestehende Hallen und Anlagen in Vereinsbesitz gegebenenfalls auch mit Mitteln der Stadt erhalten und verbessert werden können.

Mit dem Haus der Vereine schafft die Stadt zusätzliche Räumlichkeiten, die Vereine bei Bedarf gegen geringes Entgelt nutzen können. Wir begleiten dieses Projekt und achten hier auf bedarfsgerechte und unbürokratische Nutzungsmöglichkeiten für das volle Spektrum ehrenamtlichen Engagements in Winsen.

## **Unternehmen der Stadt wirtschaften für Winsen**

Maßgeblich durch den Einfluss der FDP wurden die der Stadt Winsen (Luhe) gehörenden Stadtwerke in eine eigenständige GmbH umgewandelt, wodurch die Eigenständigkeit und die betriebswirtschaftlichen Grundlagen dieses Unternehmens auch unter steuerlichen Aspekten wesentlich gestärkt wurden.

Das städtische Bäderunternehmen „Die Insel“ wurde erfolgreich in das betriebswirtschaftlich unabhängige Unternehmen Stadtwerke integriert, was einen erfolgreichen Betrieb bei relativ geringer Subventionierung durch Steuergelder erst ermöglicht hat. Auch das Parkhaus am Bahnhof ist Teil der Stadtwerke, das geplante neue Freibad im Eckermannpark sollte es unserer Meinung nach ebenfalls werden.

## **Stadthalle ausgliedern und zu einem Teil der Stadtwerke machen**

Die FDP hat schon seit langem gefordert, auch die Stadthalle als rein wirtschaftliches Unternehmen aus der Stadt auszugliedern und dem Betrieb der Stadtwerke mit der dort vorhandenen Infrastruktur anzugliedern. Ob die Stadtwerke dann als Verpächter oder Betreiber auftreten – dem Gastronomiebetrieb würde es guttun, aus den immer auch parteipolitisch geführten Diskussionen in den Ratsgremien herauszukommen.

## **Unsere Verwaltung als moderne Arbeitgeberin**

Die Arbeitswelt muss auch bei kommunalen Arbeitgebern zeitgemäß gestaltet werden. Die Digitalisierung macht hier vieles möglich, gleichzeitig steigt der Wunsch der Beschäftigten nach mehr Flexibilität und besserer Vereinbarkeit von Freizeitaktivitäten, Ehrenamt, Familie und Beruf. Bei neuen Arbeitsformen sollte die Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und das Arbeiten von unterwegs oder aus dem Homeoffice ermöglichen. Starre Arbeitszeitmodelle sind, wo möglich, durch Vertrauensarbeitszeit zu ersetzen. Unsere Verwaltung soll eine moderne Arbeitgeberin sein.

## Soziale Stadtplanung

Unsere Innenstadt ist nicht nur der Mittelpunkt der Stadt, sondern auch seiner 13 Ortsteile. Wir möchten daraus den lebendigen Ort der Begegnung für Jung und Alt machen, der dieser Rolle gerecht wird. "Winsen 2030" sehen wir als gute Chance, dieses Ziel in den nächsten Jahren mehr denn je zu erreichen.

### Die Innenstadt als lebendiger Ort der Begegnung für Jung und Alt

Spielplätze oder qualitativ hochwertige Aufenthaltsmöglichkeiten sind in der Innenstadt zu wenig vorhanden. Wir wollen das ändern und die Innenstadt zu einem Begegnungsort für Jung und Alt machen. Vielfach gibt es für bestimmte Bevölkerungsgruppen jenseits Einkaufs keinerlei Anziehungspunkt in der Innenstadt. Die Einrichtung von innerstädtischen Erlebnisplätzen für unterschiedliche Generationen (Wasserspiele, Spielplätze, Orte für Spiele wie Boule) sind geeignete Maßnahmen zur Schaffung solcher Anziehungspunkte.

### Innerstädtischen Handel durch Innovationen stärken

Niemand hat Lust für einen längeren Einkauf mehrere Taschen durch die Stadt zu schleppen. Wenn der Handel vor Ort auch künftig seinen Stellenwert behalten soll, müssen hier die Vorteile des stationären Handels mit den technischen Möglichkeiten und Annehmlichkeiten unserer Zeit kombiniert werden. Der Einkauf vor Ort muss perspektivisch mindestens so komfortabel und einfach werden, wie der Kauf per Mausklick online. Dazu gehören Dinge wie die Lieferung von Waren durch die Händler direkt zum nächsten Parkplatz - oder über entsprechende Apps auch bis zur eigenen Haustür. Das seit April 2021 eingeführte System WinsenDEPOT ist hier ein guter Schritt in die richtige Richtung. Die hierfür gewählten Standorte fernab vernünftiger Parkmöglichkeiten halten wir allerdings für noch deutlich verbesserungswürdig. Konkret setzen wir uns für ein bis zwei weitere WinsenDEPOT-Stationen an großen Parkplätzen ein.

Wir möchten den innerstädtischen Handel weiter ermutigen, neue Wege zum Verkauf zu gehen. Pilotprojekte zur Lieferung von Waren an einen Parkplatz sind hier denkbar, ebenso City-Apps, mit denen auch Vorbestellungen oder Onlineeinkauf ermöglicht werden kann.

Wir Freie Demokraten sehen die Unterstützung von inhabergeführten Geschäften in der Innenstadt als eine Kernaufgabe. Hierbei gilt es seitens der Politik Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die Einzelhändler ihre Stärken wie Kundenkontakt und -bindung entfalten können. Inhabergeführte Geschäfte tragen maßgeblich zum Charakter und der Attraktivität der Innenstadt bei.

### Digitale Infrastruktur

Wir setzen uns für den lückenlosen Ausbau eines Glasfaser- und Mobilfunknetzes in 5G-Standard ein. Wir wollen Glasfaser nicht nur an jeder Milchkanne, sondern in jedem Haushalt, jeder Schule und jedem Industrie- und Gewerbebetrieb. Diesem Anspruch muss auch die Bauleitplanung vor Ort gerecht werden. Entsprechende Infrastruktur ist bei jedem Bebauungsplan zu berücksichtigen. Wir fordern die Verwaltung auf, bei jedem neuen Vorhaben die Netzanbindung zu berücksichtigen.

Die digitale Infrastruktur stellt einen wichtigen Standortfaktor dar. Durch den konsequenten Glasfaserausbau sollen Anreize für neue Gewerbeansiedlungen geschaffen werden. Hierbei müssen wir bereits die Standards von morgen im Blick haben.

Es waren Mitglieder der Freien Demokraten, die in Winsen die ersten Freifunk-Netze aufgebaut haben. Wir begrüßen daher, dass die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Freifunk Nordheide e.V. die freien WLAN-Netze in der Innenstadt vorantreibt und ermutigen weiterhin unsere Händler und Anwohner, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Denn auch wenn die mobilen Netze mittlerweile besser werden, sind Volumentarife auch heute noch in Deutschland die Regel und somit ein freier Netzzugang an kommerziellen Providern vorbei eine Alternative, die wir für nötig halten. Außerdem eignen Freifunk-Netze sich gut für den örtlichen Handel und die Gastronomie, wenn es darum geht, trotz schlechten Mobilfunkempfangs in Innenräumen eine kostengünstige Versorgung der eigenen Kundschaft zu ermöglichen.

### Stadtplanung aktiv gestalten

Die FDP wird weiterhin darauf achten, dass diese für die Stadt außerordentlich wichtige Entwicklungsarbeit fortgesetzt und auch mittelfristig nicht durch die bevorstehenden Wahlkämpfe beeinträchtigt wird. Der Flächennutzungsplan der Stadt ist für uns – im Unterschied zu anderen Parteien – kein Werkzeug zur Durchsetzung von Grundstücksinteressen der eigenen Klientel, sondern nichts weniger als die wichtigste Planungsgrundlage für die Entwicklung der Stadt!

Hierdurch ist ein völliges Ungleichgewicht im Rahmen neuer Baugebiete zwischen dem nördlichen und dem südlichen Bereich der Stadt entstanden. Entsprechende Hinweise hierzu im Stadtentwicklungsplan und auch durch Bemerkungen der früheren Bezirksregierung wurden schlichtweg ignoriert. Die mittelfristige Bauleitplanung der Stadt muss daher grundlegend überarbeitet und auch unter den Aspekten der demografischen Entwicklung auf neue und sichere Grundlagen gestellt werden. Ein Antrag auf Fortschreibung des Flächennutzungsplanes wurde bereits 2011 von der FDP gestellt und vom Planungsausschuss empfohlen.

Die FDP hat nie aufgehört, sich dafür einzusetzen und konnte in dieser Wahlperiode endlich durchsetzen, dass der Flächennutzungsplan in der nächsten Ratsperiode endlich angegangen wird. Wir Freien Demokraten verbuchen das als einen unserer größten Erfolge in der endenden Wahlperiode.

Denn die Fortschreibung des Flächennutzungsplans ist elementar wichtig. Es kann nicht sein, dass einzelne Grundeigentümer einer sinnvollen Entwicklung der Stadt im Wege stehen. Wenn jemand über Jahre sein im Flächennutzungsplan befindliches Grundstück nicht entwickeln will, ist das seine Sache. Der Rat muss dann aber auch in der Lage sein, Flächen aus dem Flächennutzungsplan zu nehmen, wenn der Eigentümer sich nicht zur Entwicklung bereit erklärt. Kapitalbildung zulasten der Allgemeinheit ist in den Augen der Winsener FDP unsozial.

Die von uns zunächst eher skeptisch gesehene Kreiswohnungsbaugesellschaft funktioniert besser, als wir vermutet hatten. Sie leistet einen guten Beitrag zur Entwicklung des Winsener Wohnungsmarktes, der - wie eigentlich überall im "Speckgürtel" um Hamburg - bekanntermaßen sehr angespannt ist.

## Genossenschaften: Unser Idealmodell für den sozialen Wohnungsbau

Soweit hier die Gründung oder Förderung von Gesellschaften mit besonderer sozialer Ausrichtung ins Auge gefasst wird, bevorzugen Liberale grundsätzlich genossenschaftliche Modelle, bei denen Privatleute Wohnraum schaffen und sich über Anteil und demokratische Mitbestimmungsrechte nach Köpfen statt nach Kapital mit "Ihrer" Gesellschaft auch identifizieren können. Die Genossenschaft ist eine liberale Erfindung.

## Charakter der Ortsteile pragmatisch bewahren

Aufgabe einer sozialen Stadtplanung muss es auch in Zukunft sein, sowohl den Charakter der Innenstadt als auch insbesondere der stadtnahen Ortsteile wie Roydorf, Borstel und Stöckte zu erhalten und die Grenzen zwischen diesen Gebieten nicht durch unkontrollierte Bebauungen unkenntlich zu machen. Dass bei allen Überlegungen der Charakter des Dorfes erhalten werden muss, gilt auch für Rottorf, Hoopte, Bahlburg, Luhdorf, Borstel und Sängenstedt, Gehrden und die Grevelau.

Wie das aussehen kann, zeigt das Beispiel Hoopte, wo die Bauleitplanung sich besonderen Schwierigkeiten gegenüber sah. Eine Splittersiedlung in die Feldmark hinein wurde hier durch die FDP verhindert. Stattdessen haben wir, um dem besonderen Charakter des Reihendorfes Rechnung zu tragen, das Bauen in dritter Reihe zunächst im Ostteil und später für ganz Hoopte beantragt und auch durchgesetzt.

Auch die Kultur in ihrer umfassenden Bedeutung ist Lebensqualität. Kultur, sei es in kommunalen Einrichtungen wie dem Heimatmuseum oder in privaten Initiativen wie dem Kulturverein, braucht geistige Freiheit sowie öffentliche und darüber hinaus mehr private Förderung, um gedeihen zu können. Hier wie auch im sozialen Bereich ist das Ehrenamt zu stärken. Die Erhaltung geschichtlich und kulturell prägender Gebäude ist Verpflichtung. Das historisch gewachsene Ortsbild ist sichtbarer Ausdruck von Heimat und verdient erhalten zu werden.

Dazu gehört auch, Wohnraum in größerem Stil vorzugsweise innenstadtnah zu schaffen, statt krampfhaft Mehrfamilienhäuser in unsere Ortsteile zu bringen, wie politische Wettbewerber dies zum Teil wünschen.

## Denkmalschutz

Für die Einhaltung von Auflagen zum Erhalt der Gebäude, soweit sie ausschließlich im öffentlichen Interesse liegen, müssen die Eigentümer eine angemessene Entschädigung erhalten. Wir Freie Demokraten wollen Eigentümerinnen und Eigentümern eine einfachere Überprüfung des Denkmalschutzstatus ihrer Immobilie ermöglichen. Denkmalschutzaufgaben gehören darüber hinaus auf den Prüfstand. Zu starre Statuten und Auflagen bezüglich des Denkmalschutzes hemmen Investitionen in Gebäude und führen dazu, dass Eigentümerinnen und Eigentümer Bauten gezielt dem Verfall preisgeben. Dem wollen wir entgegenwirken.

Das bisherige Modell der Grundsteueranpassung für Eigentümerinnen und Eigentümern von denkmalgeschützten Häusern wollen wir Freie Demokraten stärker nutzen. Aufwand für

Instandsetzung und Erhalt von denkmalgeschützten Bauten ist häufig kostspielig. Wir wollen mit entsprechender Anpassung der Grundsteuer diese Kosten für engagierte Eigentümerinnen und Eigentümer senken. Bei gezielter Preisgabe der Immobilie zum Verfall sollte sie nach Möglichkeit erhöht werden.

### **Mehrgenerationenhäuser stärken den Zusammenhalt unserer Gesellschaft**

Zu einem würdevollen Lebensabend gehört die Möglichkeit des Zusammenkommens mit anderen Menschen. Mehrgenerationenhäuser stärken den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Jung und Alt unterstützen sich gemeinsam und lernen voneinander. Zudem sind Mehrgenerationenhäuser auch Orte des Ehrenamtes. Die FDP hat auf Bundesebene eine bessere Förderung für Mehrgenerationenhäuser erreicht. Wir setzen uns dafür ein, diese Chance in Winsen zu nutzen und die Gründung neuer Mehrgenerationenhäuser zu prüfen und wo möglich umzusetzen.

### **Inklusion ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben**

Wir Freie Demokraten setzen wir uns für eine Stärkung des Selbstbestimmungsrechtes im täglichen Leben ein. Hierzu gehört unter anderem, dass Menschen mit Behinderungen in individuellen Wohnformen leben können. Für uns steht fest: Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben muss weiter gestärkt werden. Es sind die Kommunen, die zahlreiche Leistungen der Eingliederungshilfe erbringen. Das Land als Träger der Eingliederungshilfe muss die Kommunen dafür ausreichend finanziell ausstatten.

Das Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen gerade im kommunalen Bereich ist für uns eine wichtige Orientierung. Dazu gehören der barrierefreie Ausbau der öffentlichen Wege und Plätze und von Bussen, die barrierefreie Gestaltung digitaler Verwaltungsangebote und nicht zuletzt die Bereitstellung bzw. Ausweisung von Bauland für besondere Wohnformen. Die vielfältigen Herausforderungen zur Herstellung eines möglichst barrierefreien kommunalen Raums können besser bewältigt werden, wenn Rat und Verwaltung hierzu sachverständig beraten sind.



## Moderne Verkehrsplanung kennt keine Scheuklappen

Bei den neuen und geplanten Wohnbaugebieten und der Ausweisung weiterer Gewerbeflächen, ist vor allem deren Anbindung an die bestehende Verkehrsstruktur wichtig. Dass dabei Sicherheits- und Umweltaforderungen zu berücksichtigen sind, ist für Liberale selbstverständlich.

Winsen ist weiträumig gut an die Verkehrssysteme im Umfeld der Metropolregion Hamburg über die Bahn, die BAB 39 und die BAB 7 angeschlossen. Die Stadt soll sich weiterhin intensiv für die erforderliche Ostumgehung von Hamburg auf der Trasse der bisherigen B 404 (A21) einsetzen. Der Anschluss einer Autobahn auf der Trasse der bisherigen B 404 von Geesthacht über Rottorf an die A7 würde diesen städtischen Bereich sinnvoll neu erschließen und einige Verkehrsprobleme im Bereich von Luhdorf, Pattensen und Thieshope beseitigen.

### Schaffen wir uns die Stadt, in der wir gerne leben wollen

Unabhängig davon hat die FDP Fraktion immer wieder die Verlängerung der Osttangente um Luhdorf, Pattensen und Scharmbeck herum gefordert. Einer „kurzen Lösung“ haben wir uns erfolgreich verwehrt. Es würde niemandem nützen, Luhdorf umfahren zu können, um dann vor der Pattensener Kirche im Stau zu stehen. Wir werben für die Akzeptanz der Anwohner – alles wird besser sein als den Hauptverkehr mitten im Dorf zu haben. Solange die Umgehung nicht existiert, setzen auch wir uns für eine Sperrung der Luhdorfer Straße, aber eben auch der Dorfstraßen von Scharmbeck und Pattensen für den Schwerlastverkehr ein. Dass entsprechende Vorstöße von übergeordneter Stelle für rechtswidrig gehalten werden, bedauern wir, ebenso wie die Einstellung der Planungen für die Umfahrung der Ortsteile durch den Landkreis. Wir fühlen uns an das Ergebnis der Bürgerbefragung gebunden, wonach die Mehrzahl der betroffenen die Umfahrung befürwortet.

Der Luhepark hat – wie bereits im FDP Programm von 2001 festgeschrieben – im südlichen Bereich eine verkehrstechnische Öffnung zur Hansestraße hin erhalten. Zusätzlich sollten weiterhin direkte Anbindungen an die Innenstadt geschaffen werden.

### Unsinnige Ampelanlagen abschaffen

Das unter anderem von der FDP angestoßene Programm zur Umwandlung von unsinnigen Ampelkreuzungen in Kreisverkehre soll weiter fortgesetzt werden. Als Nächstes stehen die „Wolperding-Kreuzung“ und Wehrmanns Eck auf unserer Agenda. Vermehrt hören wir Kritik, diese Baumaßnahmen seien zu teuer. Wir weisen darauf hin, dass es sich um Investitionen in die Infrastruktur handelt, die normalerweise den Verkehrsfluss erleichtern, Stromkosten für Ampelanlagen wegfallen lassen und dass der Erhalt von Ampelanlagen selbst viel Geld kostet, wie wir bei der 270.000 Euro schweren Erneuerung der Ampelanlage Tönnhäuser Weg / Osttangente (gegen unseren massiven Protest) erleben mussten. Vor diesem Hintergrund relativieren sich Investitionskosten für Kreisverkehre deutlich.

Wo Ampeln und Straßen ohnehin erneuert werden, wünschen wir uns, dass künftig Stück für Stück versucht wird, eine „Grüne Welle“ zu erreichen, mit der man in einem Tempo von 40-50 km/h optimal durch die Stadt gelangen kann, ohne an jeder zweiten Ampel anhalten zu müssen. Das

vermeiden unnötiger Stehzeiten für PKW entlastet nicht nur Straßen und Verkehrsteilnehmer, sondern schont auch die Umwelt.

## ÖPNV stetig weiterentwickeln

Nach wie vor und mehr denn je ist durch die Schaffung des dritten Gleises ein S-Bahnanschluss nach Hamburg und auch nach Lüneburg erforderlich und bleibt Zielsetzung liberaler Kommunalpolitik. Es gilt, die Chancen, die sich durch die bessere Schienenverbindung ergeben, zu nutzen. Die FDP Winsen spricht sich diesbezüglich ausdrücklich dafür aus, Verbesserungen der Anbindung der Luhestadt an das Netz des HVV zu prüfen, insbesondere eine Aufnahme in einen kostengünstigeren Tarif („Ring“), sowie eine bessere Anbindung in der Nacht und an Wochenenden an Hamburg mit Bussen und Bahnen.

Die FDP hat sich in der Vergangenheit für den Stadtbus und damit für den ÖPNV in Winsen eingesetzt. Die Nutzungszahlen des Stadtbusses haben gezeigt, dass bei der Umsetzung in der Vergangenheit deutlich Luft nach oben bestanden hat. Das neue Stadtbus-Konzept setzt den Fokus viel stärker auf die tatsächliche Nutzung, sodass eine bessere Auslastung zu erwarten ist. Unabhängig davon möchten wir, dass der Stadtbus an die Stadtwerke angegliedert wird.

Weiter besser werden muss die Anbindung der Winsener Ortsteile an das ÖPNV-Netz. Hier konnte die FDP vor langer Zeit in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis über die von uns geforderte Buslinie 149 über Stöckte und Hoopte am Deich entlang bis nach Harburg eine deutliche Verbesserung erzielen. Die FDP will die Situation der Pendler in den Ortsteilen jedoch noch weiter verbessern.

## Winsen ist bereit für innovative Verkehrskonzepte

Eine gute Chance dazu sehen wir in der Schaffung von Shared-Mobility-Konzepten. In jedem Ortsteil und verschiedenen Stellen in der Kernstadt könnten elektrisch angetriebene Kleinwagen zur kurzfristigen, unkomplizierten Miete bereitstehen. Wir werden uns in der kommenden Ratsperiode für ein solches Konzept als Modellprojekt einsetzen, mit dem wir prüfen wollen, ob sich so der ÖPNV sinnvoll durch eine individuelle Variante ergänzen lässt.

Wenn es darum geht, Winsens Bürgern ökonomisch und ökologisch möglichst sinnvoll Mobilität zu ermöglichen, darf es keine Berührungängste mit moderner Technik geben. Es gibt beispielsweise in Lauenburg bereits den Testbetrieb autonom fahrender Kleinbusse. Wir möchten, dass es zwischen dem Winsener- und dem Harburger Bahnhof einen ähnlichen Testbetrieb mit autonom pendelnden Bussen gibt und setzen uns für ein entsprechendes Forschungsprojekt in Winsen ein.

Doch auch der bereits existierende Individualverkehr muss fitter für die Zukunft werden. Dazu gehören bessere Parkmöglichkeiten für Fahrräder genauso wie der Ausbau von Ladeinfrastruktur bis hin zu Wasserstofftankstellen. Ein Parkleitsystem für den Innenstadtbereich kann zudem dafür sorgen, dass Autofahrer die Innenstadt nicht erst umrunden müssen, bevor sie wissen, wo sie parken können.

## Öffentliche Sicherheit mit Augenmaß schafft Vertrauen

Wir stehen dafür, dass Bürger sich im öffentlichen Raum frei und sicher bewegen können. Der öffentliche Raum muss allen Menschen als Ort der Kommunikation und Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen. Der Schutz dieser Funktionen ist eine Kernaufgabe des Staates, bei der sich auch die Kommunen auf die Durchsetzung bestehender Rechtsregeln konzentrieren sollen. Überzogene Verbote oder Nutzungsbeschränkungen durch kommunale Gefahrenabwehrsatzen lehnen wir ab.

### Staatliche Präsenz statt Überwachung

Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden vor Ort ein Gefühl der Unsicherheit, weil sie befürchten, Opfer einer Straftat zu werden. Wir wollen staatliche Präsenz an Kriminalitätsschwerpunkten statt flächendeckender Videoüberwachung. Insbesondere in Form von Fuß- und Fahrradstreifen trägt eine physische Präsenz der Polizei dazu bei, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger zu steigern. Damit sie dieses leisten kann, muss die Polizei von fachfremden Aufgaben entlastet werden. Beispielhaft dafür sind die Überwachung des ruhenden Verkehrs oder Sicherungsfunktionen bei großen Sport- oder Konzertveranstaltungen.

Gegen die von CDU und Freien Winsenern geforderte "Buschpinklerpolizei" (FOSD) haben wir uns erfolglos im Rat zur Wehr gesetzt. Umso glücklicher waren wir, dass sich keine Winsener gefunden haben, die auf Stadtkosten mit der Trillerpfeife durch die Gegend ziehen, um unschuldige Passanten zu belästigen.

### Soziale Brennpunkte entschärfen

Die Stadt kann und muss jedoch mithelfen, die Sicherheit weiter zu verbessern, indem sie soziale Brennpunkte entschärft oder gar nicht erst entstehen lässt. Für die FDP kommt der Prävention ein besonderer Stellenwert zu. Der Kontakt zwischen der Polizei und dem Bürger muss eng und vertrauensvoll sein. Eine Videoüberwachung von öffentlichen Straßen und Plätzen ist weiter auf Kriminalitäts- und Unfallschwerpunkte zu beschränken. So hat am Bahnhof die Videoüberwachung Sinn ergeben, während wir einen flächendeckenden Ausbau strikt ablehnen. Besonderes Augenmerk ist bei Überwachungsmaßnahmen grundsätzlich auf den Datenschutz zu legen.

Es gehört zu den grundlegenden Verpflichtungen jeder verantwortungsbewussten öffentlichen Hand, Vorsorge für Leben und Gesundheit der Bevölkerung in jeder Krisen-, Gefährdungs- und Katastrophenlage zu treffen. Die Qualität der Stadt misst sich auch an der Wahrnehmung dieser Fürsorgepflicht. Gerade in diesem Bereich nehmen viele Bürger ehrenamtlich Aufgaben im Interesse des Gemeinwesens, also der Nachbarn und aller betroffenen Bürger, wahr.

## Verantwortungsvolle Umweltpolitik mit den Menschen vor Ort

Ziel liberaler Umweltpolitik ist die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen: sauberes Wasser, reine Luft und schadstofffreie Böden. Auf Dauer sind nicht Verbote und Gebote, sondern Verantwortung der Bürger für die uns überlassene Welt Garant dafür, dass diese Grundlagen erhalten bleiben. Die Liberalen verfolgen eine Umweltpolitik *mit* den Menschen.

Gesetze und Verordnungen dürfen dabei nicht den eigentlichen Zielen der Umweltpolitik im Wege stehen, wo die Vernunft des Einzelnen vor Ort viel sinnvollere Lösungen bietet. Als FDP haben wir so verhindert, dass die „Untere Luhe-Ilmenauniederung“ über die Köpfe der Menschen vor Ort hinweg zum Naturschutzgebiet erklärt wurde. Die ortsansässigen Landwirte und Vereine, die das Biotop über Jahrzehnte erst zu dem gemacht haben, was es ist, wären praktisch „rausgeflogen“. Angler und Jäger, die durch aktive Hegemaßnahmen sachverständig für einen Erhalt der Artenvielfalt sorgen, wären auf der Strecke geblieben. Stattdessen hätte es obrigkeitstaatlichen, falsch gemeinten „Schutz“ nach vorgefertigtem Schema ohne Verständnis für die individuelle Situation vor Ort gegeben. Diese Erfahrung hat gezeigt, dass die Menschen in Winsen sehr wohl in der Lage sind, ökonomische und ökologische Belange in Einklang zu bringen und keine Gängelung brauchen. Das wollen wir weiter unterstützen. Wir schlagen hierzu vor, weitere ausgewiesene Badestellen an der Luhe zu schaffen.

### Ökologische Vernunft, wirtschaftliches Handeln und soziale Verantwortung in Einklang bringen

Ein gut aufeinander abgestimmtes Konzept von öffentlichem Personennahverkehr und Individualverkehr und ein stärkeres Augenmerk auf die für Arbeiten und Wohnen notwendigen Wege bei der Bauplanung tragen zu einer Verminderung der Umweltbelastungen bei. Die FDP ist der Ansicht, dass ökologische Vernunft, wirtschaftliches Handeln und soziale Verantwortung immer zusammen betrachtet werden müssen.

Die FDP in Winsen will weiter die Interessen von Landwirtschaft und Naturschutz gleichwertig berücksichtigen; hierzu sollen die Landschaftsrahmenpläne und die Landschafts- und Grünordnungspläne zur besseren Beurteilung des Zustandes von Natur und Landschaft aktualisiert werden. In der Bauplanung vor Ort müssen außerdem die Belange der Landwirtschaft entsprechend berücksichtigt und mit den Ansprüchen übriger Nutzer der Landschaft in Einklang gebracht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen aus der Natur nicht ausgeschlossen werden. Bei der Sicherung von Natura-2000-Gebieten sollen Betretungsverboten nicht generell erlassen werden, sondern die Erforderlichkeit eines Betretungsverbot im Einzelfall geprüft und auf das notwendige Maß reduziert werden.

### Ökologische Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft wertschätzen

Wir Freie Demokraten schätzen die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte sowie der Waldbäuerinnen und -bauern. Von überbordender Bürokratie sowie unnötigen Gesetzen und

Verordnungen wollen wir sie befreien. Damit die Landwirtschaft und Forstwirtschaft in Deutschland eine Zukunft haben, setzen wir uns für Planungssicherheit für die Betriebe ein.

Unsere Landwirtinnen und Landwirte produzieren zu höchsten Umwelt- und Tierwohlstandards. Sie sorgen dafür, dass Verbrauchern eine riesige Auswahl hochwertiger regionaler Nahrungsmittel auf Wochen- oder in Supermärkten und im Direktvertrieb zur Verfügung steht. Sie wollen ihre Betriebe an die kommende Generation weitergeben. Die natürlichen Ressourcen behandeln sie deshalb aus eigenem Antrieb mit größter Sorgfalt. Unsere Waldbäuerinnen und -bauern wirtschaften im Gleichklang mit Ökonomie, Ökologie und Sozialverpflichtung für den Erhalt unserer vielfältigen Wälder. Dabei tragen sie einen wertvollen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Bindung, Trinkwasserschutz und Erholungskultur in Deutschland bei. Die Land- und Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsketten sind auch in Winsen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum.

### **Insekten zielorientiert schützen**

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Vielfalt und den Bestand der Insekten ein. Es muss klar sein, was geschützt werden soll. Politik in Bund und Land hat hierfür bisher keine Grundlage geschaffen. Wirkungsvolle Maßnahmen setzen wir im Rahmen des Vertragsnaturschutzes um. Pflanzenschutzmaßnahmen, die unbedenklich für Insekten sind, sollen Landwirte ausführen können. Ob eine große Insektenbiomasse oder eine große biologische Vielfalt erreicht werden soll, ist ein Unterschied. Alle Ursache-Wirkungs-Pfade, die den Zustand der Insekten in ländlichen und städtischen Räumen beeinflussen, müssen berücksichtigt werden. Wissen darüber fehlt bisher. Deshalb brauchen wir Forschung, bevor großflächig Maßnahmen umgesetzt werden. Bestehende erfolgreiche Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz müssen berücksichtigt werden. Eine Evaluierung der umgesetzten Maßnahmen liefert wichtige Erkenntnisse für Verbesserungen.

### **Jäger und Angler als Naturschützer anerkennen**

Wir Freie Demokraten wollen eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Jagd. Ein modernes Wildtiermanagement ermöglicht dabei die Bejagung von Wolf, Kormoran und Biber. Insbesondere der stetig wachsende Bestand des Wolfes und der Nutria müssen wirksam reguliert werden. Jäger sind aktive und staatlich geprüfte Naturschützer und handeln eigenverantwortlich. Zur Seuchenprävention und Wildschadenminimierung ist die Jagd unerlässlich. Dazu brauchen wir Tradition und neue geeignete Hilfsmittel wie Schalldämpfer und Nachtzielgeräte. Weidetierhaltung ist gelebter Naturschutz und verdient eine Zukunft. Dafür ist ein aktives Bestandsmanagement des Wolfes notwendig. Als Grundlage werden regional verkraftbare Wolfsbestandsdichten festgelegt. Wölfe, die Zäune überwinden, müssen ohne bürokratisches Antragsverfahren entnommen werden.

Wir Freie Demokraten sehen Anglerinnen und Angler als Partnerinnen und Partner beim Naturschutz. Fische aus heimischen Gewässern sind ein gesundes und nachhaltiges Nahrungsmittel. Pauschale Angelverbote lehnen wir ab. Wir ermöglichen den Anglerinnen und Anglern die Zufahrt zu den Gewässern über eingeschränkt befahrbare Wege. Sie führen Besatzmaßnahmen durch, pflegen die Ufer, halten die Gewässer sauber und renaturieren sie. Viele Gewässer wären ohne sie in einem weit schlechteren Zustand als das heute

der Fall ist. Angelvereine und ihre Mitglieder leisten damit Erhebliches für den angewandten Naturschutz. Sie erbringen dafür einen hohen persönlichen Aufwand. Das Angeln ist ein ganz praktischer Weg, großen Teilen der Bevölkerung ein vertieftes Verständnis und Erleben von Prinzipien der Nachhaltigkeit im Umgang mit Natur und natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.

### **Pflege und Beweidung von regionstypischen Landschaften**

Freie Demokraten sind überzeugt, dass Naturschutz und Naturnutzung zwei Seiten derselben Medaille sind. Wenn durch die Bewirtschaftung von Flächen Ziele des Naturschutzes erreicht werden, dürfen keine zukünftigen Nutzungseinschränkungen auferlegt werden. Wir setzen uns für pragmatischen Naturschutz unter Einbeziehung freiwilliger Leistungen ein. Freiwilliger Naturschutz muss einen höheren Stellenwert in der Bewertung einnehmen.

### **Ausbau der Versorgung für neue Antriebe**

Wir wollen mit dem Ausbau von Wasserstofftankstellen und Ladestationen für E-Autos auch auf kommunaler Ebene die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Antriebswende schaffen. Die Stadtwerke machen hier bei den Ladestationen bereits einen guten Job, bei der Versorgung mit Wasserstoff besteht jedoch noch Verbesserungsbedarf.

Die Erstellung von Lärminderungsplänen für Wohngebiete und andere schutzwürdige Gebiete haben wir positiv begleitet und wollen intensiver einsteigen, wenn aufgrund von Lärmbeschwerden der Bürger zu erwarten ist, dass nur so eine abgestimmte und erfolgreiche Minimierung von verschiedenartigen Lärmquellen möglich ist.

### **Vereine und Verbände bei der energetischen Sanierung unterstützen**

Auch auf kommunaler Ebene konnte in der Energiepolitik durch Maßnahmen der Energieeinsparung viel erreicht werden. Die Wärmedämmung älterer öffentlicher Gebäude ist mit Mitteln des Konjunkturpaketes weitgehend den heutigen Erfordernissen angepasst worden. Wir unterstützen die Vereine und Verbände weiter bei der energetischen Sanierung ihrer Objekte und setzen uns dafür ein, dass die Stadt dabei hilft, diese zu finanzieren. Das sind sinnvolle Investitionen in die Zukunft der Vereine und der Stadt.

Bei allen praktischen Forderungen wie Wasser- und Energiesparen sollte das Rathaus mit gutem Beispiel vorangehen. Umweltpolitik wirkt gleich viel glaubwürdiger, wenn sie vorgelebt wird.

## Integration: Akzeptanz statt Toleranz

„Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann vor allem das Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen“ lautet ein Zitat von George Orwell aus seinem Roman 1984. Die Freiheit der Meinung, der Religion und die Gewissensfreiheit sind daher absolute Werte und werden uneingeschränkt gewährleistet. Erst wenn Gedanken in Worte und Taten umgesetzt werden, die mit der Freiheit anderer nicht in Einklang zu bringen sind, darf der Staat, darf auch die Stadt Winsen eingreifen. Das Christentum bewegt sich mit den verschiedenen Kirchen auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir von anderen Glaubensgemeinschaften – nur dann unterstützen wir eine Ansiedlung und Organisation vor Ort.

Im Zusammenhang mit der Integration von Minderheiten ist oft von „tolerieren“ die Rede. Toleranz wird als das Ideal der Integration verstanden. Toleranz heißt aber „erleiden, erdulden“ – heißt im Ergebnis „wegsehen“. Wir Liberale halten das für falsch. Wir wollen genau hinsehen und wollen Fremdes akzeptieren, wenn es mit den Werten unserer Gesellschaft in Einklang zu bringen ist. Es liegt in jedermanns Verantwortung auch seinem Nächsten gegenüber klarzumachen, was akzeptabel ist und was nicht.

Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo er seinen Nächsten einengt. In Winsen und in Deutschland bestimmen die Grundrechte aus dem Grundgesetz diese Grenzen. Das Grundgesetz ist die liberalste Verfassung, die es auf deutschem Boden je gab. Es steckt den Rahmen – wir bekennen uns zu seinen Werten und verlangen das von allen Winsener Einwohnern. Die Verantwortung des Einzelnen liegt ausdrücklich auch darin, denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können.

Voraussetzung für jede Integration ist ein klares Bekenntnis zu den Grundrechten und deren Umsetzung. Wir sehen auch bei uns die Gefahr, dass sich Gruppen von Zugewanderten abkapseln und ihre eigenen Rechtsräume schaffen. Das ist nur so lange akzeptabel wie diese Gruppen das Gewaltmonopol des Staates akzeptieren und jedem ihrer Mitglieder die Grundrechte zugestehen, auf denen unsere Gesellschaft basiert. Eine Unterdrückung von Frauen und Mädchen mag in anderen Kulturkreisen mit eigenen Rechtsordnungen akzeptiert werden – in Winsen ist sie inakzeptabel! Die Grundlage des Verwaltungshandelns wie des Miteinanders in Winsen ist deutsches Recht. Jedermann hat dabei vor dem Gesetz gleich behandelt zu werden. Wir begrüßen jede Initiative die Aufklärungsarbeit leistet, damit sich alle Mitglieder unserer Gesellschaft ihrer Rechte bewusst sind und diese auch durchsetzen können.

### Integration durch interkulturellen Austausch auf Basis unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung

Integration im liberalen Sinne kann nur durch interkulturellen Austausch passieren. Wir appellieren daher an jeden Einzelnen, das Gespräch zu suchen und sich gegen Fehlvorstellungen davon zu wenden, was in unserer Gesellschaft akzeptabel ist. Wenn Einzelpersonen mit unterschiedlichen Ansichten sich gegenüberstehen, müssen sie eine gemeinsame Basis finden. Diese Basis liefert unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung. Erst wenn homogene Gruppen aufeinander treffen, die sich für sich stark fühlen, kommt es zu einer Eskalation von Gewalt. Hier muss vorgebeugt werden.

Wo Menschen die Basis unserer Rechtsordnung verlassen muss sich der Einzelne auf den Schutz des Staates verlassen können. Die Stadt Winsen ist gefordert, die notwendigen Strukturen vor Ort zur Verfügung zu stellen. Wir wollen kein Denunziantentum, aber wir stehen zum Gewaltmonopol des Staates und fordern den Einzelnen auf, den Staat in die Pflicht zu nehmen, wo er sieht, dass gegen sein Recht oder das seiner Nachbarn verstoßen wird.

### **Aktivität im Verein als Mittel zur gesellschaftlichen Eingliederung fördern**

Aktivität im Verein kann Mittel zur gesellschaftlichen Eingliederung von Jugendlichen ohne ausreichende familiäre Betreuung, von Ausländern oder Zugewanderten sein. Daher ist die finanzielle Unterstützung von Vereinen auch eine soziale Notwendigkeit – Vereine, die sich durch eine heterogene Zusammensetzung auszeichnen, sind dabei besonders wertvoll. Auch das Jugendzentrum erfüllt in dem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe. Es muss stärker als bisher eine Durchmischung von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft fördern. Es reicht nicht aus, ein Angebot zu schaffen, dass in der Realität von homogenen Gruppen unter Ausschluss von Anderen in Anspruch genommen wird – Chancen sind dadurch zu schaffen, dass für alle gleiche Bedingungen zur Verfügung stehen. Wo innerhalb von öffentlichen Einrichtungen „geschlossene Gesellschaften“ entstehen, läuft etwas falsch.

Kommunikation ist das wichtigste Mittel, um Werte zu transportieren. Nur wer sich verständigen kann, wird auch verstehen. Wir fördern alle Maßnahmen, den Migranten bessere Sprach- und Kulturkenntnisse zu vermitteln. Besser als eine kommunale Migrationsberatung erscheint uns allerdings das gezielte Fördern von Integrationsbemühungen unserer Vereine. Aussiedler und aufenthaltsberechtigte Ausländer sind durch Sprachkurse und besondere Betreuungsmaßnahmen zügig zu integrieren.

Damit auf den Weg dorthin trotzdem die nötigsten Behördengänge halbwegs reibungslos ablaufen können, wünschen wir uns, Englisch als Servicesprache im Rathaus in den wichtigsten Formularen einzuführen und eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern sprachlich entsprechend weiterzubilden.

### **Nulltoleranz gegenüber Verstößen gegen die Grundlagen unserer Gesellschaft**

Wir wollen jeden akzeptieren und mit offenen Armen empfangen, der Teil unserer Gesellschaft werden will und ihre Werte akzeptiert. Verstöße gegen die Grundlagen unserer Gesellschaft hingegen werden wir nicht tolerieren.

Das gilt auch und insbesondere im Hinblick auf Flüchtlinge, deren Zahl aufgrund vieler Kriege und Konflikte rund um Europa in den letzten Jahren wieder deutlich zugenommen hat. Menschen riskieren ihr Leben dafür, zu uns zu gelangen und führen uns so vor Augen, dass Frieden, Wohlstand und Freiheit nicht die Selbstverständlichkeiten sind, für die viele Mitteleuropäer sie mittlerweile zu halten scheinen.

Die FDP möchte Flüchtlinge deshalb nicht nur menschenwürdig und sicher untergebracht sehen, sondern befürwortet alles, was das friedliche Zusammenleben alter und neuer Bürger Winsens fördert. Wir setzen hier auch in Zukunft auf so wunderbare private Initiativen wie beispielsweise das „Internationale Café“ der Kirchengemeinde St. Marien.





## Helfen Sie mit, unser Programm weiter zu verbessern!

Unser Programm über Jahrzehnte entstandenes und gepflegtes Programm lebt davon, dass es immer wieder mit frischen Ideen erweitert und aktualisiert wird. Hier steckt viel Arbeit unseres Ortsverbandes drin - auch viele Ideen aus der Winsener Bevölkerung, von der wir uns immer wieder Anregungen holen.

Dabei können und sollen Sie uns auch weiterhin gern helfen. Wir freuen uns jederzeit über weitere Ideen und Anregungen, die Sie uns über unterschiedliche Wege zukommen lassen können. Nutzen Sie dazu am besten unsere Kontakt-Rufnummer

**0178 27 333 71**

Unter dieser Nummer erreichen Sie uns ganz einfach und direkt per WhatsApp, Signal, Telegram oder als Nachricht für unsere Mailbox.

## Lernen Sie uns persönlich kennen!

Zum Beispiel in den Wochen vor der Wahl an den **Infoständen** in der Stadt - oder bei unserem Stammtisch, unserem **Liberalen Dienstag**. Der findet an jedem 1. Dienstag des Monats um 19.30 Uhr im "Laterna Magica" in Winsen statt - oder ersatzweise online. Themen und Details dazu finden Sie in der Regel jeweils in den Tagen vor den Terminen auf unseren Präsenzen in den sozialen Medien. Sie erreichen uns außerdem jederzeit per E-Mail an: [moin@fdpwinsen.de](mailto:moin@fdpwinsen.de).

